

Dialogforen 2013

Die (un)mobile Gesellschaft –
bereit für die Zukunft?

Positionen



**Münchener Rück
Stiftung**
Vom Wissen zum
Handeln

- 1 **Vorwort**
- 2 **Prof. Dirk Messner**
Revolution statt Evolution
- 4 **Prof. Angelika Zahrt**
Mitsprache macht Wandel möglich
- 6 **Prof. Gesine Schwan**
Geschwindigkeit anpassen –
Lösungen finden
- 8 **Dr. Susanne Böhler-Baedeker**
Vorfahrt für Bus und Bahn
- 10 **Ernst Rauch**
Das Zwei-Grad-Ziel ist kaum zu halten
- 12 **Toralf Staud**
Europäische Kooperation statt
nationaler Alleingänge
- 14 **Prof. Klaus Töpfer**
Mit Widerstand richtig umgehen
- 16 **Ewald Woste**
Investitionen in die Zukunft
- 18 **Prof. Jutta Allmendinger**
Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik
- 20 **Sebastian Gallander**
Die Starrheit des
Bildungssystems überwinden
- 22 **Programm**
- 24 **Impressum**

Die (un)mobile Gesellschaft – bereit für die Zukunft?

Klimawandel, Energiewende, Nachhaltigkeit – um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu machen, müssen wir umsteuern. Abkommen zu Umwelt- und Klimaveränderungen scheitern, immer mehr Katastrophen belasten reiche wie arme Länder. Und die moderne Gesellschaft stellt immer höhere Anforderungen an die Menschen. Überall, auch in Deutschland, stehen große, unausweichliche Veränderungen an.

Namhafte Gremien wie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) halten sogar eine Große Transformation für unumgänglich. Dabei stellt sich die Frage, ob unsere Gesellschaft ausreichend vorbereitet ist, einen Wandel in Politik und Gesellschaft mitzutragen?

An fünf Abenden haben wir in unseren Dialogforen 2013 „Die (un)mobile Gesellschaft – bereit für die Zukunft?“ vielfältige Aspekte unter die Lupe genommen und diskutiert.

In dieser Publikation sind 10 spannende Positionen dazu zusammengefasst.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Thomas Loster
Münchener Rück Stiftung

Revolution statt Evolution

Umweltveränderungen und der Klimawandel stellen die Menschheit vor enorme Herausforderungen. Aus diesem Grund fordert der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU einen neuen Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Er soll den Weg bereiten für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltordnung und die Existenzgrundlagen künftiger Generationen sichern. „Wir brauchen den Übergang zu einem Wohlstandsmodell, das die Grenzen des Erdsystems respektiert“, forderte Dirk Messner, der als Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik und stellvertretender Vorsitzender des WBGU maßgeblich an dem Gutachten mitgewirkt hat. Die Entwicklung zu mehr Nachhaltigkeit hält er für eine immense Aufgabe.

Im Unterschied zu früheren Revolutionen der Menschheitsgeschichte ist der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft nicht evolutionär, sondern muss aktiv gestaltet werden. Zudem müssen die notwendigen Veränderungen beim CO₂-Ausstoß in einem sehr engen Zeitfenster stattfinden, soll die globale Klimaerwärmung in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden. Dazu braucht es ein entsprechendes Zielssystem in Form eines Gesellschaftsvertrages, so Messner.

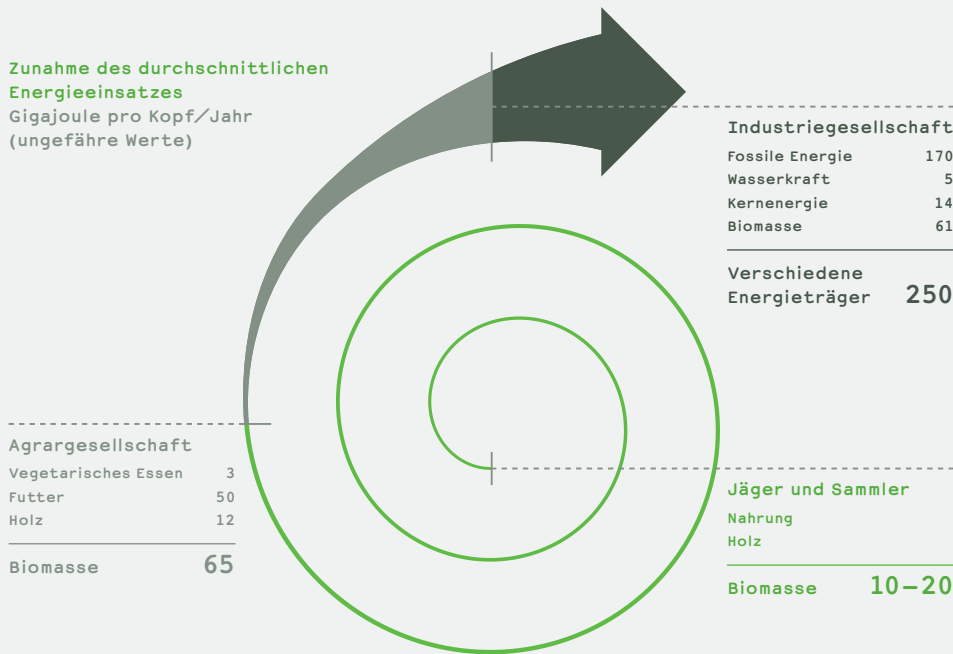
Der enorme Zeitdruck darf jedoch nicht in blindem Aktionismus münden. „Die knappe Zeit nutzen wir nicht besser, wenn wir wie die Verrückten losmarschieren“, ist Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt Viadrina School of Governance, überzeugt. Wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren und fähig sein zu kommunizieren und kooperieren. Denn: „Technologisch alleine schaffen wir die Transformation nie.“ Zielkonflikte müssten offengelegt und aufgelöst werden. „Wenn wir die Energiewende in Deutschland wirklich weitertragen wollen, dann müssen wir uns, was wir bisher überhaupt nicht machen, mit den Nachbarn über unsere gegenseitigen Interessen verständigen“, appellierte Schwan.

Energie als Entwicklungsmotor

Der Schritt des Menschen vom Jäger und Sammler zum sesshaften Bauern und die Erfindung der Dampfmaschine hatten für das Ökosystem Erde erhebliche Auswirkungen. Der durchschnittliche Energieeinsatz pro Kopf und Jahr stieg in der Summe um das Zehn- bis Zwanzigfache. Der Großteil davon entfällt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen. Dieser Zustand ist für eine klimaverträgliche Zukunft nicht haltbar. Der nötige Transformationsprozess zu mehr Nachhaltigkeit muss innerhalb weniger Jahrzehnte stattfinden, wenn wir das Klima retten wollen.

Zunahme des durchschnittlichen Energieeinsatzes

Gigajoule pro Kopf/Jahr
(ungefähre Werte)



Quelle: Fischer-Kowalski und Haberl (1997)



„Die Entwicklung der Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit ist eine immense Aufgabe. Diese Transformation ist mit der Neolithischen oder der Industriellen Revolution zu vergleichen.“

Prof. Dirk Messner,
Direktor des Deutschen
Instituts für
Entwicklungspolitik

Mitsprache macht Wandel möglich

Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Akteur bei der Umsetzung der Energiewende. Auch bei den weitreichenden Transformationsprozessen, wie sie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU skizziert hat, ist Partizipation wichtig, um einen fairen Interessenausgleich zu erreichen. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. „Partizipation ist kein abstrakter Begriff von Politikwissenschaftlern, sondern wesentlicher Bestandteil einer gelebten Demokratie“, meinte Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Diese Erkenntnis habe sich spätestens seit dem umstrittenen Bauprojekt Stuttgart 21 zur Umgestaltung des Bahnhofs durchgesetzt. Inzwischen fordert eine immer größere Mehrheit der Bürger mehr Mitspracherechte bei politischen Entscheidungen. So haben sich nach einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung 78 Prozent der Befragten für mehr direkte Demokratie ausgesprochen. Nur 21 Prozent zeigten sich nicht interessiert.

Mehr Partizipation ist zudem Voraussetzung, um alte Denkmuster zu überwinden und neue Ideen zu entwickeln. Doch wie lässt sich dieser Prozess anschieben? Er komme ab einem gewissen Punkt automatisch in Gang, so Zahrnt: Wie bei den Anfängen der Umweltbewegung sei Wut ein wichtiger Faktor, um politische Veränderungen anzustoßen.

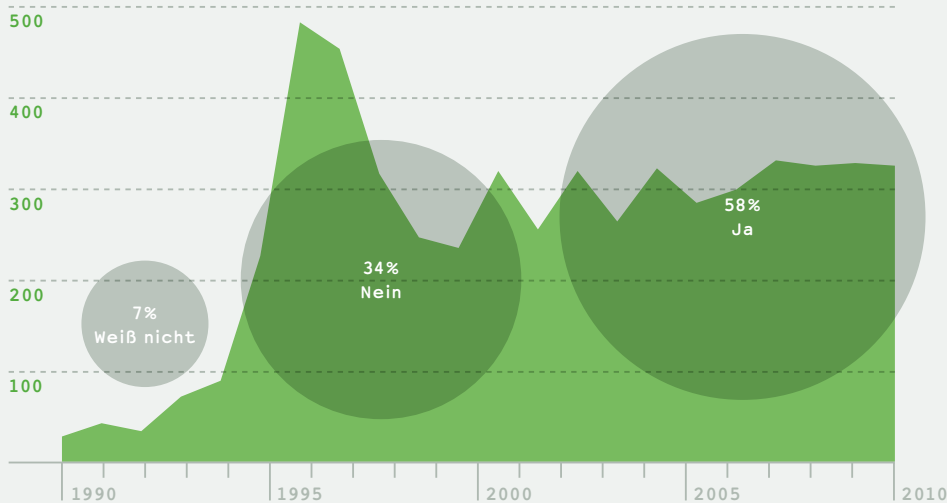
Dass der Mensch bereit ist, seine Normen, Werte und Leitbilder zu verändern, steht für den Entwicklungsexperten Dirk Messner außer Frage: „Wir haben gelernt, Menschenrechte und soziale Rechte für Arbeitskräfte zu respektieren. Jetzt müssen wir die Grenzen der Ausbeutung aus der Perspektive des Erdsystems neu entwickeln“, forderte er. Sobald diese Grenzen anerkannt sind, würden die Kreativität und Phantasie der Menschheit dafür sorgen, die richtigen Lösungen zu finden. Die Wissenschaft könne zwar wie in dem Gutachten des WBGU ein Zielsystem vorgeben. Doch letztlich muss die Gesellschaft ihrer Unzufriedenheit oder gar Wut Ausdruck verleihen und aktiv entscheiden, wohin sie sich bewegen will. Ein vielversprechender Weg: Wohlstand, der nicht auf Ressourcenausbeutung ausgerichtet ist, sondern immaterielle Werte wie Bildung in den Vordergrund rückt. So kann die Große Transformation gelingen.

Bürger wollen mehr entscheiden

Proteste gegen Großprojekte sind keine Sache von Splittergruppen, sondern werden oft von der Mehrheit der Gesellschaft getragen. 58 Prozent der Befragten würden sich engagieren, um beispielsweise den Bau eines Flughafens oder eines Kraftwerks zu verhindern. Weiteres Indiz für die gesellschaftliche Akzeptanz von Protestbewegungen: Die Zahl der Bürgerbegehren liegt mit jährlich etwa 300 deutlich über dem Niveau bis Mitte der 1990er-Jahre. Über die Hälfte aller Bürgerbegehren seit 1956 hat in den vergangenen zehn Jahren stattgefunden, allein von 2008 bis 2011 war ein Drittel davon erfolgreich.

Anzahl der Bürgerbegehren
Entwicklung seit 1990

Wenn in meiner Umgebung ein Großprojekt
gebaut werden sollte, würde ich mich dagegen
engagieren: (Antworten in %)



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung (2012)



„Das Element der Wut ist ein wichtiges Antriebsmittel für politische Veränderungen. So war es auch bei der Umweltbewegung gegen die Zerstörung der Natur im Rahmen der Industrialisierung.“

Prof. Angelika Zahrnt,
Ehrenvorsitzende des BUND

Geschwindigkeit anpassen – Lösungen finden

Die Große Transformation ist ohne einen tiefgreifenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu erreichen. Jeder einzelne ist gefragt, die damit verbundenen Herausforderungen anzugehen, ohne jedoch das nötige Augenmaß zu verlieren. „Wir brauchen Flexibilität im Sinne von Offenheit, kein Drücken aufs Tempo. Zeit und Ruhe sind gefragt, um die Probleme anzugehen und Erfahrungen auszutauschen“, mahnte Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt Viadrina School of Governance.

Sie zeigte sich skeptisch, ob das hohe Tempo in unserer Gesellschaft und die Tendenz zu einer immer flexibleren Arbeitswelt in eine gute Zukunft führen. Der Arbeitsalltag der Menschen hat sich stark gewandelt – oft nicht zum Positiven. Ständige Erreichbarkeit, der Anspruch nach Flexibilität und die steigende Komplexität überfordern viele Arbeitnehmer, sie fühlen sich gestresst. Diesem Trend gilt es gerade in Zeiten der Krise entgegen zu wirken, im Bereich der individuellen Arbeitswelt genauso wie in gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozessen: Die Zeit für grundlegende Vorbereitungen und Diskussionen ist zu knapp. Ein Beispiel sei die deutsche Energiewende. „In den letzten Jahren haben wir zu selten offene Gespräche

und öffentliche Debatten über Alternativen geführt“, beklagte Schwan. Dabei gilt es, Vor- und Nachteile abzuwägen und die Bürger einzubinden. Das erfordert Zeit und Geduld. „Ich habe den Eindruck, dass für viele Bürger die Fragen so komplex sind, dass sie sich geistig verabschieden“, lautete ihr Fazit. Das schadet.

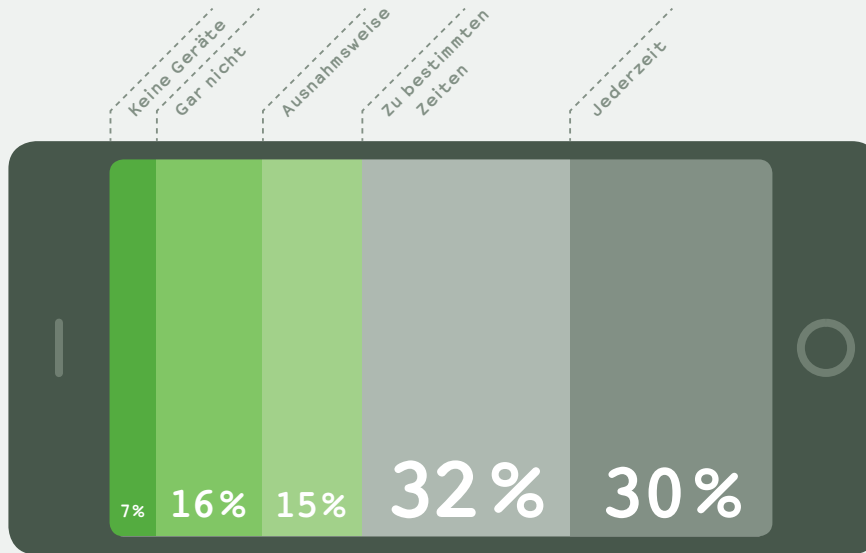
Dem widersprach Dirk Messner: „Wir brauchen eine Beschleunigung des Wandels und müssen von Pilotprojekten zu Systemlösungen kommen.“ Die Weichenstellungen für weniger CO₂-Emissionen müssten beispielsweise in den nächsten zwei Dekaden stattfinden. „Gesellschaftliche Lernprozesse benötigen Zeit, zugleich stehen wir unter enormen Zeitdruck“, formulierte er das Dilemma beim Transformationsprozess.

Das Smartphone gibt den Takt vor

Smartphones haben die Arbeitswelt grundlegend verändert. An nahezu jedem Ort arbeiten zu können sowie jederzeit erreichbar zu sein, das kann schnell zum Fluch werden. Die Entkopplung von definierten Arbeitszeiten und festen Arbeitsplätzen birgt neue Herausforderungen. Sie führt zu einer Beschleunigung des Lebens und kann Ursache für Stress und Burnout sein. Mehr als drei Viertel aller Berufstätigen sind nach einer repräsentativen Studie des Hightech-Verbands BITKOM außerhalb der regulären Arbeitszeit für Kollegen, Vorgesetzte und Kunden per Handy oder E-Mail erreichbar, 30 Prozent sogar jederzeit.

Erreichbarkeit nach Büroschluss

2010



Quelle: BITKOM (2010)



„Die Arbeitswelt nötigt uns ein Maß an Flexibilität ab, von dem ich nicht weiß, ob es uns in eine gute Zukunft führt. Ich denke, es ist wichtig, das Tempo zu drosseln und gemeinsam über neue Wege nachzudenken.“

Prof. Gesine Schwan,
Präsidentin der
Humboldt Viadrina School
of Governance

Veranstaltung
„Höher, schneller, weiter –
mobil in den Verkehrskollaps?“
21. Februar 2013

Vorfahrt für Bus und Bahn

Gut 54 Millionen Kraftfahrzeuge waren Anfang 2013 in Deutschland zugelassen, global lag die Zahl etwa zehnmal so hoch. Wenn die Prognosen zutreffen, werden in knapp 20 Jahren 1,5 Milliarden Fahrzeuge auf dem Globus unterwegs sein. Nach Berechnungen des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie müssen die Emissionen im Verkehr bis 2030 aber um den Faktor drei reduziert werden, so Susanne Böhler-Baedeker, stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe. Alternative Antriebe wie der Elektromotor oder die Brennstoffzelle werden nur sehr langfristig ihre Wirkung entfalten. Deshalb gilt: Wir müssen mit liebgewonnenen Gewohnheiten brechen, um dieses Ziel zu erreichen.

„Es bedarf vieler unterschiedlicher Instrumente, um die Menschen zu einer anderen Verkehrsnutzung zu bewegen“, glaubt Böhler-Baedeker. Mit einer Innovations- und Kundenoffensive im öffentlichen Nahverkehr wäre ein Anfang gemacht. Das sieht Michael Niedermeier, Fachreferent für Umweltfragen des Verkehrs beim Automobilclub ADAC, ähnlich. „Wenn man einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr anbietet, dann nehmen die Bürger das Angebot auch an.“ Ohnehin weiche die starre Unterscheidung zwischen Auto und öffentlichem

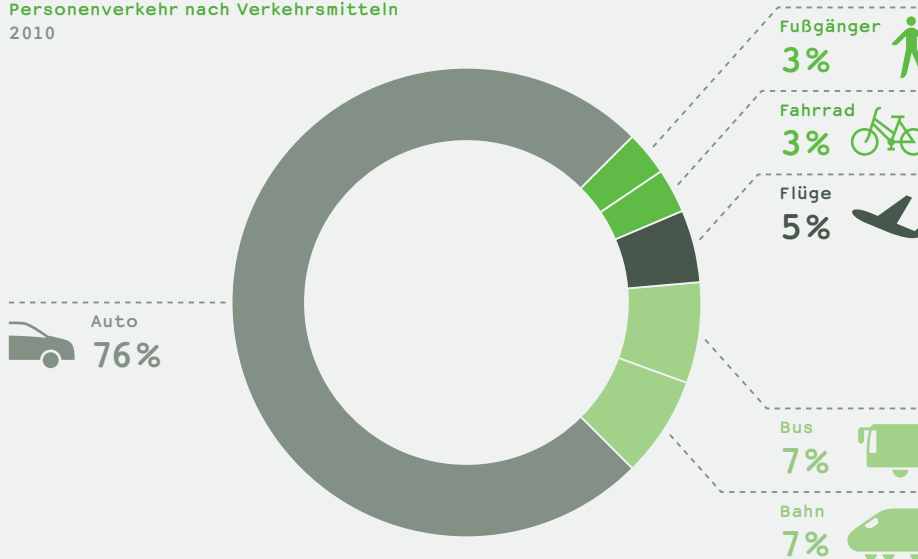
Nahverkehr zunehmend auf. „Immer mehr Menschen sind intermodal unterwegs, sie benutzen auch das Fahrrad oder gehen zu Fuß“, wusste der Experte zu berichten. 2012 ist der Fahrradbestand in Deutschland auf über 70 Millionen gewachsen, zuletzt wurden jährlich rund vier Millionen Stück verkauft, darunter eine zunehmende Zahl an E-Bikes. Industrieländer wie Deutschland erfüllen eine Vorbildfunktion, so Niedermeier. Die Menschen in den aufstrebenden Ländern sollen nicht die gleichen Fehler begehen wie wir und blind aufs Auto setzen.

Nicht nur auf die Autohersteller, auch auf die Stadtplaner kommen ganz neue Herausforderungen zu. „Die zunehmende intermodale Verkehrsnutzung erfordert einen langwierigen Umbau der Städte“, prophezeite Böhler-Baedeker. Man müsse starke Stadtteile mit einer kleinteiligen Versorgungsinfrastruktur schaffen und Fahrradstraßen bauen, die ins Zentrum führen. Eine Aufgabe, die uns nicht nur Jahre sondern Jahrzehnte fordern wird.

Die Blechlawine rollt ungebremst

Der Personenverkehr in Deutschland wächst: Wir sind häufiger unterwegs und überbrücken im langfristigen Vergleich immer größere Entfernungen. Zwischen 2004 und 2010 stieg die Beförderungsleistung – die Zahl der beförderten Personen multipliziert mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern – um 2,9 Prozent. Drei Viertel der rund 100 Milliarden Personen-kilometer entfielen auf den motorisierten Individualverkehr mit Pkw oder Kraftrad. Bus und Bahn werden mit einem Anteil von jeweils sieben Prozent weit weniger genutzt. Wollen wir den Klimawandel bremsen und das Ziel deutlich niedrigerer CO₂-Emissionen wirklich erreichen, müssen wir jetzt gegensteuern.

Personenverkehr nach Verkehrsmitteln
2010



Quelle: BMVBS (2010)



„Wenn wir bis 2030 das Ziel einer Erderwärmung um maximal zwei Grad Celsius erreichen wollen, müssen die verkehrsbedingten Emissionen um den Faktor drei reduziert werden.“

Dr. Susanne Böhler-Baedeker,
stellvertretende
Forschungsgruppenleiterin
am Wuppertal Institut

Veranstaltung
„Schafft uns der Klimawandel –
oder wir ihn?“
19. März 2013

Das Zwei- Grad-Ziel ist kaum zu halten

In den vergangenen Jahrzehnten haben die CO₂-Emissionen kontinuierlich zugenommen. Dabei wird seit 1995 auf 18 Weltklimakonferenzen um eine Reduktion gerungen. Eine bedenkliche Entwicklung, findet Ernst Rauch. Für den Leiter des Corporate Climate Centre von Munich Re steht fest: „Wenn wir das Zwei-Grad-Ziel überschreiten, müssen wir mit ernststen Folgen rechnen. Über die vergangenen drei Jahrzehnte konnten wir beobachten, dass wetterbedingte Naturkatastrophen um den Faktor 2,5 zugenommen haben, geophysikalische Ereignisse dagegen weitgehend stabil geblieben sind. Das ist ein Indiz, dass sich die Wettermuster bereits zum Negativen verändert haben.“ Rauch hielt eine weitere Statistik parat: Von den 1,4 Millionen Todesopfern, die Naturkatastrophen seit Anfang der 1980er-Jahre gefordert haben, ist mit 60 Prozent die Mehrheit auf Wetterereignisse wie Stürme, Fluten und Dürren entfallen. Gefährdet ist vor allem der ärmere Teil der Weltbevölkerung. Aber auch in unserem Kulturkreis sind wir nicht gut genug auf Extremereignisse vorbereitet. Das hat die Hitzewelle in Europa 2003 gezeigt. Nach neuesten Studien kamen dabei rund 70.000 Menschen ums Leben.

Warum der Kampf gegen den Klimawandel so schwer fällt, erklärte der freie Journalist und Buchautor Toralf Staud: „Wir haben es mit einem nicht personalisierten Gegner zu tun, der unser moralisches Empfinden zu wenig berührt. Wenn der Klimawandel durch das Verspeisen kleiner Kätzchen verurteilt würde, Millionen Menschen würden auf die Straße gehen.“ Hinzu kommt das Problem, dass der Einzelne durch sein Verhalten zwar den CO₂-Ausstoß verringern kann. „Aber der direkte Nutzen für das Klima ist marginal“, gab sich Staud keinen Illusionen hin. Dennoch dürfe man nicht aufgeben. Jede individuelle Entscheidung, sich klimaschonend zu verhalten, trägt dazu bei, die Gesellschaft zu verändern. Und stößt damit politische Prozesse an.

Schwellenländer auf dem Vormarsch

Chinas Aufstieg zur ökonomischen Großmacht spiegelt sich im sprunghaften Anstieg des CO₂-Ausstoßes wider. Mit einem Anteil von 29 Prozent an den globalen Emissionen hat das Land die USA und EU weit in den Schatten gestellt. Gemessen am Pro-Kopf-Ausstoß rangiert China immer noch im Mittelfeld, allerdings mit stark steigender Tendenz. Selbst wenn andere aufstrebende und bevölkerungsreiche Länder wie Brasilien, Indonesien oder Indien den Wirtschaftsboom Chinas nicht wiederholen, wird ihre ökonomische Aufholjagd den CO₂-Ausstoß weiter in die Höhe treiben. Nur 750 Gigatonnen kann die Erdatmosphäre laut WBGU noch verkraften: Die sind schnell erreicht.

Klimasünder im Vergleich

Energiebedingter CO₂-Ausstoß in Megatonnen, 2011

Veränderung
seit 1990 in %

China		9.700	↑ +286
USA		5.420	↑ +9
Indien		1.970	↑ +198
Russland		1.830	↓ -25
Japan		1.240	↑ +7
Deutschland		810	↓ -21
Südkorea		610	↑ +144
Kanada		560	↑ +24
Indonesien		490	↑ +20
Großbritannien		470	↓ -20%

Quelle: dpa Globus (2012)



„Wir befinden uns längst auf einem Pfad zu deutlich höheren Temperaturen. Der Kohlenstoffeintrag in die Atmosphäre erreichte 2012 etwa 32 Gigatonnen, bei insgesamt 750 Gigatonnen, die die Erde noch verträgt.“

Ernst Rauch,
Leiter des Corporate
Climate Centre von
Munich Re

Veranstaltung
„Schafft uns der Klimawandel –
oder wir ihn?“
19. März 2013

Europäische Kooperation statt nationaler Alleingänge

Um den Klimawandel zu bremsen, hat die EU 2005 einen Markt für Emissionsrechte etabliert. Industrieunternehmen, die CO₂ emittieren, müssen seitdem eine entsprechende Menge an Zertifikaten nachweisen. Doch das System hakt. Wegen der großzügigen Vergabe von Emissionsrechten an große Industrieunternehmen ist der Preis in den vergangenen Jahren von ursprünglich rund 30 Euro je Tonne CO₂ auf zeitweise unter drei Euro eingebrochen. „Beim Aufstellen der Regeln für den Emissionshandel sind Fehler gemacht worden, die heute dafür sorgen, dass er nicht funktioniert“, beklagte der Journalist Toralf Staud. Das Vorhaben der EU-Kommission, CO₂-Rechte zeitlich befristet zu verknappen, scheiterte nicht zuletzt am deutschen Widerstand. „Deutschland ist auf europäischer Ebene zum Bremsen von klimapolitischen Initiativen geworden“, sagte Staud und kritisierte, dass sich die Politik dem Druck der Wirtschaft gebeugt habe.

Dass sie auch anders kann, hat die Bundesregierung mit ihrem 2010 beschlossenen ambitionierten Energiekonzept bewiesen. Bis 2050 soll der Energiesektor weitgehend auf fossile Brennstoffe verzichten. „Aber wir sind keine Insel und sollten deshalb in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn Lösungen suchen“, forderte Klimaexperte Ernst Rauch. Deutschland alleine könne es mit einem Anteil von drei Prozent an den weltweiten CO₂-Emissionen ohnehin nicht schaffen, das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen.

Ob mehr zentrale Koordination auf Ministerienebene sinnvoll ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Rauch vermutet, dass Deutschland nach der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2013 dem Vorbild anderer Länder folgen und ein eigenes Energieministerium schaffen wird. Der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer warnt hingegen vor einem derartigen Schritt: „Wer wirklich etwas in relativ überschaubarer Frist in dieser Republik umsetzen will, sollte sich nicht auf ein neues Ministerium versteifen.“ Denn dort kämen viele Mitarbeiter aus den unterschiedlichsten Bereichen oder anderen Ministerien zusammen, und nicht immer unbedingt die besten. „Das zu integrieren kostet viel Zeit“, warnte Töpfer.

Emissionsrechte zum Schleuderpreis

Der Emissionshandel soll mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Treibhausgasemissionen senken. Mitte 2013 sanken die Preise für Emissionsrechte drastisch. Das Ergebnis: Die Stromerzeugung aus „schmutziger“ Kohle profitiert zu Lasten flexibler Gaskraftwerke. Nach Angaben der AG Energiebilanzen nahm der deutsche Primärenergieverbrauch an Steinkohle im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Prozent zu, der Verbrauch von Braunkohle sogar um 5,3 Prozent.

Preisentwicklung von CO₂-Emissionszertifikaten

Zuschlagspreis pro Tonne CO₂



Quelle: Green Budget Germany, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) (2013)



„Deutschland ist auf europäischer Ebene zum Bremsen von klimapolitischen Initiativen geworden. Das ist augenfällig beim Emissionshandel, wo sich die Politik dem Druck einiger Wirtschaftszweige beugt.“

Toralf Staud,
freier Journalist und
Buchautor

Veranstaltung
„Energiewende ja bitte –
aber nicht in meinem Garten!“
9. April 2013

Mit Widerstand richtig umgehen

Der Rückzug aus der Atomenergie ist in Deutschland beschlossene Sache und trifft auf breite gesellschaftliche Zustimmung. Wo allerdings die zum Ausgleich nötigen Windkraftanlagen und Stromtrassen gebaut werden sollen, ist offen. „Nicht in meinem Garten!“ rufen betroffene Bürger, wenn es um die Planung entsprechender Projekte geht. Dieser Widerstand kommt für den früheren Umweltminister Klaus Töpfer nicht überraschend: „Es ist nicht von vornherein negativ, wenn die Bevölkerung gegen etwas protestiert“, sagte er und zog eine Parallele zu der von ihm initiierten Einführung einer Kreislaufabfallwirtschaft. Damals sei ihm ebenfalls zunächst Skepsis entgegengeschlagen. Heute hat sich Deutschland als Marktführer bei der Produktion von Mülltrennungsanlagen einen Namen gemacht.

Auch bei der Energiewende dürfte der Widerstand gegen bestimmte Vorhaben das Nachdenken über andere Lösungen provozieren. Man müsse jedoch lernen, richtig mit Protesten umzugehen. „Wo Widerstand ist, muss man entweder sehr gute Argumente haben um zu überzeugen, oder man muss lernen, dass man die Bürger möglichst früh einbindet.“

Eine Ansicht, die Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender des Energieversorgers Thüga, teilt: „Dort, wo man die Bürger an Projekten beteiligt, fällt die Kritik verhaltener und die Akzeptanz höher aus.“ Eine wichtige Aufgabe für Energiepolitik sieht er darin, den Süden mit Windenergie aus dem Norden zu versorgen. „Entweder es gelingt uns, eine Strombrücke durch den Thüringer Wald zu bauen, oder wir müssen Milliarden in neue Kraftwerke investieren“, beschreibt er die Zwickmühle für die Energieversorger. Insgesamt sind drei große Nord-Süd-Stromautobahnen von 2.800 Kilometern Länge geplant. Die Bundesländer haben sich bereit erklärt, die Planung der großen Stromautobahnen an den Bund abzugeben, um die Bauzeiten von zehn auf vier Jahre zu verkürzen.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft fordert für die Umsetzung der deutschen Energiewende eine ausgeklügelte Projektorganisation sowie eine nationale Plattform. „Wir müssen die unterschiedlichen Beteiligten an einen Tisch bekommen, offen über die Probleme reden und einen Konsens erreichen“, so Woste.

Veranstaltung
„Energiewende ja bitte –
aber nicht in meinem Garten!“
9. April 2013

Investitionen in die Zukunft

Bis Ende 2030 könnte die Energiewende in Deutschland bis zu eine Billion Euro kosten, schreckte Bundesumweltminister Peter Altmaier Anfang 2013 die Öffentlichkeit auf. Das offizielle Energiekonzept der Bundesregierung spricht dagegen „nur“ von 550 Milliarden Euro. Bereits jetzt spüren die Menschen, wie sehr die Subventionierung von Solaranlagen den Strompreis verteuert hat. „Die Energiewende in Deutschland ist nicht zum Nulltarif zu haben,“ stellte Ewald Woste klar. Indes glaubt der Chef des Energieversorgers Thüga, dass die Bürger sehr wohl bereit sind, die Kosten dafür zu tragen. Man müsse ihnen aber erklären, dass hinter den hohen Anfangsinvestitionen eine lohnenswerte Zukunft liegt. „Jede neue Technologie benötigt eine gewisse finanzielle Unterstützung. Auch die Kernkraft ist nicht ohne Subventionen angekommen“, so Woste.

Das einseitige Schielen auf die Kosten der Energiewende hält auch der Klimaexperte von Munich Re, Ernst Rauch, für wenig hilfreich. Den Bürgern müssen Kosten und Nutzen der neuen Technologien ernsthaft und ohne Ideologie nahegebracht werden.

Denn: „Die gesamtwirtschaftliche Rechnung sieht nach allen Kenntnissen, die ich habe, sehr positiv aus.“ Schon jetzt spart sich Deutschland Einfuhren von Öl und Gas im Wert von 5,8 Milliarden Euro jährlich. Ein weiterer positiver Aspekt: Die Branche beschäftigt mittlerweile über 380.000 Menschen im Land.

Ganz dürfe man die Kosten aber nicht aus dem Blick verlieren, mahnte hingegen der frühere Umweltminister Klaus Töpfer: „Die Energiewende muss in einer Weise umgesetzt werden, dass die Preise nicht zu sehr steigen.“ Man müsse die Möglichkeit haben zu reagieren, wenn etwas schief läuft. Wenn etwa die Energiewende den Strompreis an der Börse deutlich nach unten drückt, wodurch die Umlage für die Verbraucher steigt. „Das ist ein perverser Effekt“, lautet sein Urteil. Daher plädiert Töpfer für ein professionelles Projektmanagement mit entsprechenden Monitoringverfahren. „Mich schüttelt es, wenn ich höre, die Energiewende kostet eine Billion. Ich bin dafür, das Vorhaben rational durchzudenken und die Fakten klar auf den Tisch zu legen.“

Milliarden für die Energiewende

Der Ausbau Erneuerbarer Energien trägt wesentlich dazu bei, die Klimaschutzziele zu erreichen. Für eine nachhaltige Strom- und Wärmeerzeugung wurden in Deutschland 2012 insgesamt 19,5 Milliarden Euro investiert, vor allem in Photovoltaikanlagen. Der Erfolg kann sich sehen lassen: Durch Erneuerbare Energien konnten 2012 fast 150 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente eingespart werden. Davon entfielen auf den Stromsektor rund 100 Millionen Tonnen, wovon wiederum 80 Prozent auf die staatliche Förderung durch das EEG-Gesetz zurückzuführen sind. Die hohen Investitionen zahlen sich langfristig auch deshalb aus, weil sie die Abhängigkeit von knappen Öl- und Gasressourcen verringern.

Investitionen in den Aufbau von Erneuerbare-Energie-Anlagen in Deutschland
Millionen Euro, 2012

Wasserkraft	70
Geothermie	930
Solarthermie	990
Biomasse Wärme	1.050
Biomasse Strom	1.500
Windenergie	3.750
Photovoltaik	11.200
Gesamte Investitionen	19.490

Quelle: Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) (2013)



„Die Energiewende in Deutschland ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Menschen sind bereit, die Kosten dafür zu tragen, wenn man ihnen erklärt, was sich hinter dem Anstieg verbirgt.“

Ewald Woste,
Vorsitzender des Vorstands
der Thüga AG und Präsident
des Bundesverbandes
der Energie- und Wasser-
wirtschaft (BDEW)

Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik

Während der Wirtschaftswunderjahre der frühen Bundesrepublik wurden die starren Grenzen zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten durchlässiger. Mit der höheren sozialen Mobilität begann sich das klassische Arbeitermilieu aufzulösen: Menschen mit Talent, Leistungsbereitschaft und dem nötigen Quäntchen Glück konnten den Sprung nach oben schaffen. Dieser Fahrstuhleffekt, der alle mit dem Aufschwung nach oben zieht, funktioniert heute nicht mehr. „Im internationalen Vergleich ist Deutschland eine sehr stabile – oder kritischer ausgedrückt – eine statische Gesellschaft“, stellte Jutta Allmendinger fest. Als Gründe dafür nannte die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung das Bildungssystem. Kinder werden früh auf einen bestimmten Weg festlegt und der Arbeitsmarkt stellt immer höhere Anforderungen. Außerdem sind im Zuge der Globalisierung viele einfache Jobs aus Kostengründen in andere Länder gewandert.

Dabei, so Sebastian Gallander, kann Deutschland mit dem dualen System der Berufsausbildung auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken, um die uns viele Länder beneiden. Das Problem dabei: „Viele Jugendliche schaffen es erst gar nicht in das System hinein, und da müssen wir ansetzen“. Zwar ist laut Bildungsbericht 2012 die Anzahl der Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern in den vergangenen Jahren gesunken. Dennoch ist der Anteil armutsgefährdeter Kinder mit 18 Prozent unverändert hoch.

Gallander, Projektleiter für Soziale Mobilität bei der stiftung neue verantwortung, sieht drei Akteure in der Pflicht: Die Wirtschaft muss mehr Praktika anbieten und mehr Jugendlichen eine Chance geben. Die Bürger sollten ein größeres zivilgesellschaftliches Engagement entfalten und die Politik muss gesellschaftlichen Konsens schaffen.

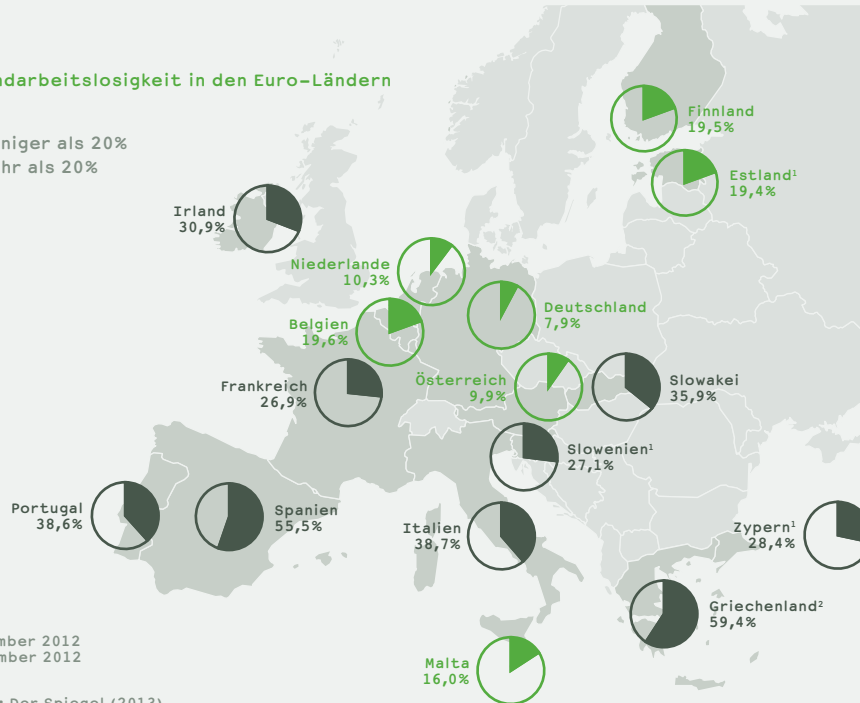
Allmendinger forderte vom Staat ein möglichst frühes Eingreifen, um die Bildungsarmut zu bekämpfen. „Ein vorsorgender Sozialstaat muss sich dafür einsetzen, dass Kinder schon in frühen Jahren Motivation, Selbstwertgefühl, Eigeninitiative und einen eigenen Kopf entwickeln. Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik.“

Generation ohne Perspektive

Obwohl auch in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten viele einfache Jobs weggefallen sind, hat sich die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen hierzulande relativ moderat entwickelt. Sie ist sogar seit 2010 rückläufig. Ganz anders in den EU-Krisenstaaten, wo wie in Griechenland und Spanien inzwischen gut jeder zweite junge Mensch zwischen 15 und 24 Jahre auf Arbeitssuche ist. In der gesamten EU lag die Jugendarbeitslosigkeit bei 22,8 Prozent und damit rund doppelt so hoch wie die Arbeitslosigkeit in der Gesamtbevölkerung.

Jugendarbeitslosigkeit in den Euro-Ländern 2013

- Weniger als 20%
- Mehr als 20%



¹ Dezember 2012
² November 2012

Quelle: Der Spiegel (2013)



„Kinder mit einer niedrigeren Bildung haben heute schlechtere Chancen als früher. Die entsprechenden Arbeitsplätze sind verschwunden.“

Prof. Jutta Allmendinger,
Präsidentin des Wissen-
schaftszentrums Berlin für
Sozialforschung

Veranstaltung
„Soziale Mobilität –
Hamsterrad oder neue Freiheit?“
14. Mai 2013

Die Starrheit des Bildungssystems überwinden

Seit Mitte der 1960er-Jahre sinkt in Deutschland die Geburtenrate. Mit Zeitverzögerung kommt diese Entwicklung am Arbeitsmarkt an, mit gravierenden Folgen. In den nächsten zwölf Jahren werden ungefähr 6,5 Millionen Fachkräfte fehlen, prophezeite Sebastian Gallander, Projektleiter für Soziale Mobilität bei der Stiftung neue Verantwortung. Hinzu kommt, dass in Deutschland jedes Jahr 60.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen und nur schwer einen Arbeitsplatz finden.

So wie der Fußball in Deutschland mit hohen Investitionen in die Nachwuchsarbeit an die internationale Spitze vorgedrungen ist, müsse man auch die Ausgaben und das Engagement für das Bildungssystem deutlich hochfahren, forderte Gallander. Nötig sei eine Basisförderung, bei der alle Kinder gemeinsam und ohne Leistungsdruck eine Grundausbildung erhalten. Das darauf aufbauende System von Förderstufen muss stets durchlässig sein. Außerdem müsse man verstärkt auf die Qualität der Lehrerbildung achten. Nach einer Studie der OECD stellt die Altersstruktur in deutschen Lehrerkollegien eine große Herausforderung dar: Fast jeder zweite Lehrer - ohne Grundschullehrer - ist 50 Jahre oder älter. Nur Italien hat noch betagtere

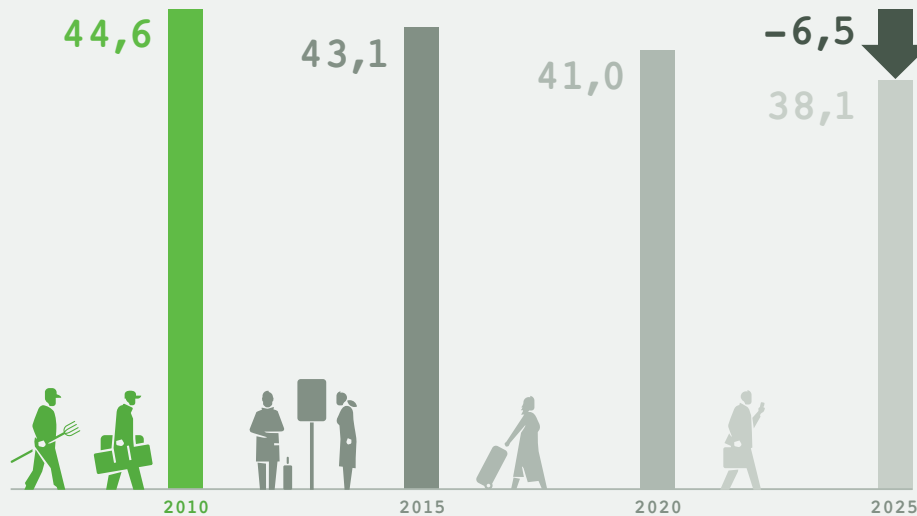
Lehrer. Das erschwert es, neue pädagogische Ansätze umzusetzen. „Der Trainer ist der Schlüssel zum Erfolg. Wenn wir unser Schulsystem vom Fußball inspirieren lassen und für mehr ehrenamtliches Engagement im Bildungsbereich sorgen, hätten alle gewonnen“, ist Gallander überzeugt.

Auch Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, hält grundlegende Veränderungen im Bildungssystem für nötig. „Die Starrheit des jetzigen Systems ist nicht leistungsgerecht“, bemängelte die Professorin. Es kommt darauf an, allen Kindern entsprechende Handlungsmöglichkeiten zu geben und sich nicht mit der durch die Geburt zementierten sozialen Lage abzufinden. „Laut Pisa-Daten sind 25 Prozent der männlichen Jugendlichen im Alter von 15 Jahren funktionale Analphabeten. Da ist ein breit angelegter Wandel nötig, um Bildungsarmut zu bekämpfen.“

Arbeitskräfte händeringend gesucht

Das Erwerbspersonenpotenzial, also die Summe aus Beschäftigten, Arbeitssuchenden und der stillen Reserve, lag 2010 bei knapp 45 Millionen Personen. Damit war das Maximum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Als Folge des demographischen Wandels wird das Erwerbspersonenpotenzial bei konstanter Erwerbsquote und ohne Wanderbewegungen auf 38 Millionen Personen im Jahr 2025 sinken. Ein Teil davon kann durch mehr erwerbstätige Frauen und längere Arbeitszeiten kompensiert werden. Ohne Zuwanderung wird die deutsche Wirtschaft aber noch in dieser Dekade immer mehr offene Stellen nicht mehr besetzen können.

Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland
Millionen Personen



Quelle: IAB (2010)



„Nicht in Bildung zu investieren ist letztendlich teurer, weil die späteren Reparaturkosten viel höher sind.“

Sebastian Gallander,
Projektleiter Soziale
Mobilität bei der Vodafone
Stiftung und der stiftung
neue verantwortung

Dialogforen 2013 Die (un)mobile Gesellschaft – bereit für die Zukunft?

Dienstag
29. Januar 2013
19:00 Uhr

Transformation – Wege in die Zukunft

Prof. Dirk Messner

Direktor des Deutschen Instituts
für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Gesine Schwan

Präsidentin Humboldt Viadrina
School of Governance, Berlin

Prof. Angelika Zahrt

Ehrevorsitzende des Bund für
Umwelt und Naturschutz Deutsch-
land (BUND), Neckargemünd

Donnerstag
21. Februar 2013
19:00 Uhr

Höher, schneller, weiter – mobil in den Verkehrskollaps?

Dr. Susanne Böhler-Baedeker

Stellvertretende Forschungs-
gruppenleiterin am Wuppertal
Institut, Wuppertal

Michael Niedermeier

Fachreferent für Umweltfragen
des Verkehrs, Allgemeiner
Deutscher Automobil-Club e.V.
(ADAC), München

Dr. Jens Ramsbrock

Projektleiter Active, Innovations-
abteilung Elektromobilität,
BMW Group, München

Dr. Veit Steinle

Abteilungsleiter Umweltpolitik
und Infrastruktur im Bundes-
ministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Dienstag
19. März 2013
19:00 Uhr

**Schafft uns der Klimawandel —
oder wir ihn?**

Dr. Ernst Rauch

Leiter des Corporate Climate Centre
(CCC), Munich Re, München

Toralf Staud

Freier Journalist und Autor, Berlin

Dienstag
9. April 2013
19:00 Uhr

**Energiewende ja bitte —
aber nicht in meinem Garten!**

Prof. Klaus Töpfer

Exekutivdirektor des Instituts für
Klimawandel, Erdsystem und
Nachhaltigkeit (IASS), Potsdam,
und ehemaliger Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit

Dr. Harald Will

Geschäftsführer Solarinitiative
München

Ewald Woste

Präsident des Bundesverbandes
der Energie- und Wasserwirtschaft
(BDEW), Berlin

Dienstag
14. Mai 2013
19:00 Uhr

**Soziale Mobilität —
Hamsterrad oder neue Freiheit?**

Prof. Jutta Allmendinger

Präsidentin des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung
(WZB), Berlin

Sebastian Gallander

Projektleiter Soziale Mobilität bei
der Vodafone Stiftung und der
Stiftung neue Verantwortung, Berlin

Moderator aller Veranstaltungen:

Dr. Patrick Illinger

Ressortleiter Wissen,
Süddeutsche Zeitung, München

© 2013

Münchener Rück Stiftung
Königinstraße 107
80802 München

Telefon +49 (0) 89/38 91-88 88
Telefax +49 (0) 89/38 91-7 88 88
info@munichre-foundation.org
www.munichre-foundation.org

Briefe: 80791 München

Bestellnummer
302-07991

Redaktion
Martina Mayerhofer,
Christian Barthelt, Yolanda Villafuerte
Abrego, Thomas Loster,
Münchener Rück Stiftung
Andreas Schuck, München

Gestaltung
Keller Maurer Design, München

Litho
Gold, München

Druck
deVega Medien GmbH
Anwaltinger Straße 10
86165 Augsburg

Bildnachweis

Oliver Jung, München
Seiten 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21

Quellen

Fischer-Kowalski und Haberl (1997):
Motor des Fortschritts
Seite 3

Konrad-Adenauer-Stiftung (2012): Bürger-
begehren 2012: die Macht der Bürger-Lobby,
TinyURL: <http://tiny.cc/a0lz0w>
Seite 5

BITKOM (2010): Nutzung des Mobiltelefons
nach Büroschluss,
TinyURL: <http://tiny.cc/d5lz0w>
Seite 7

BMVBS (2010): Personenverkehr nach
Verkehrsmitteln 2010,
TinyURL: <http://tiny.cc/i9lz0w>
Seite 9

dpa Globus (2013): Klimasünder 2011:
Energiebedingter CO₂-Ausstoß 2011 im
Vergleich zu 1990,
TinyURL: <http://tiny.cc/42tk2w>
Seite 11

Green Budget Germany, Forum Ökologisch-
Soziale Marktwirtschaft (FÖS) (2013): Preis-
entwicklung von CO₂-Emissionszertifikaten,
TinyURL: <http://tiny.cc/hhmz0w>
Seite 13

RWE (2012): Akzeptanz für Großprojekte,
TinyURL: <http://tiny.cc/smmz0w>
Seite 15

Zentrum für Sonnenenergie- und Wasser-
stoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW)
(2013): Stand: Februar 2013,
TinyURL: <http://tiny.cc/vinz0w>
Seite 17

Der Spiegel (2013): Jugendarbeitslosigkeit
in Europa: Gipfel der Hoffnungslosigkeit,
TinyURL: <http://tiny.cc/yjnz0w>
Seite 19

IAB (2010): Zuwanderungsbedarf und
politische Optionen für die Reform des
Zuwanderungsrechts:
TinyURL: <http://tiny.cc/l4nz0w>
Seite 21

Abrufdatum der verwendeten Webseiten:
Juli 2013

Münchener Rück Stiftung
Königinstraße 107
80802 München

Telefon +49 (0)89/38 91-88 88
Telefax +49 (0)89/38 91-7 88 88
info@munichre-foundation.org
www.munichre-foundation.org

Briefe: 80791 München